

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit dem täg. Unterhaltungsbeilage Leben, Willen, Kampf der Frauen- und Jugendzeitung monatlich 30 Pf. Vorabgabe monatlich 2 Pf. unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Pf. — Erdbeeren! Mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage

Redaktion: Gr. Zingertstraße 14, II. Et. 3406. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zingertstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends

Inserate werden bei 6gepaltem Betrage mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vorauszahlung 30 Pf. Interesse müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind unrettbar zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Dir. 299.

Dresden, Donnerstag den 28. Dezember 1911.

22. Jahrg.

Parteigenossen, Parteigenossinnen!

Es darf die Tatsache festgestellt werden, daß unsere Zeitung sich eines fortwährenden starken Abonnentenzuwachses zu erfreuen hat. Von Monat zu Monat stieg die Auflage unseres Blattes.

Diese günstige Entwicklung muß zur Jahreswende weiter auf kräftigste gefördert werden!

Gerade jetzt bei den Reichstagswahlen zeigen sich die verschiedenen Zeitungsunternehmen mehr denn je in ihrer kapitalistischen Egoizenz, in all ihrer Volkseindlichkeit. Bei uns in Dresden und Umgegend treten alle anderen Blätter mit Hurra für die politisch und wirtschaftlich reaktionären Parteien ein. Man entstellt und fälscht die Bestrebungen der Arbeiterschaft. Man unterstützt die Parteien, die Gewaltgesetze gegen die Arbeiterschaft im Schilde führen, und tritt dem Freiheitsstreben des Volkes mit allen Mitteln der Heuchelei und Brutalität entgegen!

Darum nütze jeder Genosse, jede Genossin die jetzige günstige Stunde, um noch Säumige für unsere Zeitung heranzuholen! Die jetzige Hochflut des politischen Lebens muß immer neue Scharen von Anhängern für die Sozialdemokratie bringen. Es ist der größte Gewinn der Wahlzeit, wenn viele Tausende neuer Leser für unsere Presse gewonnen werden, die damit zugleich als Opfer für den Sozialismus in unsere Reihen treten!

Werbet für die Dresdner Volkszeitung!

Mittelstand und Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratie will den Mittelstand vernichten, und besonders eifrig von den Parteien verkündet, die die Kaufleute und Gewerbetreibenden durch ihre Politik schwerste Schläge.

Ein großer Teil des selbständigen Mittelstandes befindet sich in einer wenig heilsamen Lage. Aber die Behauptung, die Sozialdemokratie daran irgend welche Schuld hat, ist ein ganz unbefundener Schwindel. Die Ursache der Lage des Mittelstandes ist die kapitalistische Entwicklung, die auch die Arbeiter so schwer zu leiden haben.

Der moderne Großbetrieb in Industrie und Handel kommt als der Kleinbetrieb. Infolge der Ausnutzung der Arbeitsteilung, der Anwendung vollkommener Maschinen, des Ankaufs von Rohstoffen in großen, sind die Leistungen, die notwendig sind, um ein bestimmtes Stück herzustellen, in einer Fabrik geringer als in einem Handbetrieb. Die großen Geschäfte im Handel nützen ihr Personal und ihre Geschäftsräume viel besser aus, als der kleine Einzelhändler. In einem Warenhaus geht durch die Hand einer Verkäuferin eine größere Warenmenge als in einem kleinen Geschäft. Die Summe, die ein Warenhaus für Spesen auf jeden Gegenstand schlagen muß, braucht nicht so groß zu sein, wie in einem kleinen Laden. Auch das notwendige Betriebskapital nicht in demselben Maße, wie die Größe des Geschäftes zunimmt. Der Kapitalist im Großbetrieb ein rascherer. Infolge des größeren Umlages dauert es im Durchschnitt nur kurze Zeit, bis die verkauften Waren wieder in Geld umgesetzt werden, neuem Waren eingekauft werden können. Deshalb ist die Vergütung des Betriebskapitals auf die Waren gelegt, geringer als in einem kleinen.

Die Ueberlegenheit des Großbetriebes ist in den einzelnen Wirtschaftszweigen verschieden groß. Daher ist er in manchen Branchen schon längst Monopolherr, in anderen noch nicht der Übergang des Kleinbetriebes vor unseren Augen, und in einigen Erwerbszweigen die Zahl der Kleinbetriebe noch sehr groß, ja im Zunehmen begriffen ist. Allerdings ist in diesen Erwerbszweigen die Lage der kleinen Betriebe keine glänzende. Es ist eben in unserem Wirtschaftsleben nicht viel Platz mehr für selbständige Existenzen. Es ist da, wo die Errichtung eines Unternehmens ohne Kapital noch möglich ist, die Zahl der miteinander konkurrierenden Unternehmer außerordentlich groß, so daß keiner von ihnen großen Gewinn erzielen kann!

Wie kann den kleinen Gewerbetreibenden und Kaufleuten werden? Kann man das Rad der kapitalistischen Entwicklung zurückdrehen? Das geht nicht. Kein vernünftiger Mensch kann das wünschen. Arbeiteten wir heute noch so, wie wir geworden sind für die Menschheit, die darin wohnen, die kolossale Steigerung des Ertrages der menschlichen Arbeit, die die kapitalistische Entwicklung mit ihren technischen Mitteln gebracht hat, hätten wir heute in Deutschland über 60 Millionen Menschen ernähren.

Auch die Parteien, die sich als besonders mittelstandsfreundlich gebärden, denken gar nicht daran, die Fabriken zu schließen. Wie manchen haben sie in ihrer Mitte, der sich die Vorteile der kapitalistischen Entwicklung sehr gut zunutze zu machen versteht! Was sie als besonders Mittelstandsfreundliche darbieten, ist höchstens geeignet dem Mittelstand Sand in die Augen zu streuen, um seine Stimmen bei den Wahlen zu gewinnen. Was nützt's dem kleinen Handwerker, daß man die

Führung des Meistertitels von einer Prüfung abhängig macht? Kann er deshalb billiger verkaufen, besser mit dem Großbetrieb konkurrieren? Was nützen dem kleinen Kaufmann Umsatzeuern, die von den Waren- und Kaufleuten auf ihre Lieferanten abgedrängt werden? Das einzige, was dem Gewerbetreibenden noch etwas helfen kann, ist eine gute Ausbildung. Die Sozialdemokratie tritt überall für die Ausgestaltung der Volks-, wie der Fach- und Fortbildungsschulen ein. Aber bei den Parteien, die die „Mittelstandsrettung“ gepredigt haben, ist die Liebe für die Schule oft sehr gering.

Die Angehörigen der Parteien, die am lautesten für den Mittelstand schreien, machen sich kein Gewissen daraus, ihn in Wirklichkeit aufs schwerste zu schädigen. Oder genießen sie sich etwa, als Aktionäre in Gestalt von Dividenden fliegendes Geld aus dem Ertrag von großen Unternehmungen zu beziehen, die vielleicht Hunderten von Mittelstandsunternehmen den Untergang bringen? Ueber die Arbeiterkonsumvereine schimpfen sie nach Noten, aber durch ihre landwirtschaftlichen Genossenschaften, unter der Führung des „Mittelstandsfreundlichen“ Bundes der Landwirte, richten sie planmäßig Tausende von Mittelstandsbetrieben zugrunde. Und die Klagen über die schwere Belastung der Volksmassen durch die Wucherpolitik hat man von konservativer Seite damit beantwortet, daß man die Schuld auf den Zwischenhandel, auf die Fleischer und kleinen Kaufleute schiebt.

So steht in der Praxis die Mittelstandsfreundlichkeit der Mittelstandsparteien aus!

Unter der Steuer- und Zollpolitik derselben Parteien hat der kleine Geschäftsmann ebenso zu leiden wie der Arbeiter. Auch bei ihm muß überall geknappt werden. Sein Einkommen will nicht mehr reichen. Die spärliche Lebenshaltung muß noch mehr herabgesetzt werden.

Aber nicht nur das, die Fortführung seines Geschäftes wird ihm erschwert, sein Einkommen vermindert. Wer sind denn seine Kunden? Die Proletarier sind es, die Arbeiter. Die vornehmen Damen der reichen Welt kaufen doch nicht bei den kleinen Ladeninhabern. Steigt aber durch die Zoll- und Steuerpolitik alles im Preis, so sinkt die Kaufkraft des Arbeiters. Infolgedessen geht der Absatz des kleinen Geschäftsmannes zurück. Die Verteuerung aller Waren macht für den Geschäftsmann ein größeres Betriebskapital notwendig. Das steht ihm aber häufig nicht zur Verfügung. So kommt er in Schwierigkeiten, die ihm leicht verderblich werden können.

Das alles haben die kleinen Geschäftslente den „Mittelstandsfreundlichen“ Parteien zu verdanken.

Das Einkommen der kleinen Geschäftslente ist im allgemeinen nicht größer, oft sogar geringer, wie das der Arbeiter. Gleich diesen sind sie Träger des Kapitals. Die Selbständigkeit ist ihm meist ein leerer Wahn. Brüdende Abhängigkeit von Hausbesitzer und Pächter ist die Wirklichkeit. Wie der Arbeiter, hat auch der kleine Geschäftsmann kein großes Kapital, das ihm ein arbeitsloses Einkommen br.ugt. Mit seiner Hände Arbeit muß er sein täglich Brot verdienen. Auch hat er durchaus keine gesicherte Existenz. In Krisenzeiten gehen Tausende kleiner Betriebe zugrunde. Der kleine Geschäftsmann ist ausgebeutet und geknechtet wie der Arbeiter, und schwer lastet auch auf ihm unsere „göttliche Weltordnung“.

Daher gehören die kleinen Kaufleute und Handwerker in die Schlachtreihen des für seine Befreiung kämpfenden Proletariats. Die Sozialdemokratie ist die einzige Partei, in der sie eine Vertretung ihrer Interessen finden. Deshalb muß für sie am 12. Januar die Lösung sein: Wir so sozialdemokratisch!

Wahlkampf.

Wer mit dem gleichen Wahlrecht zum Deutschen Reichstage!

Das gleiche Wahlrecht zum Reichstage wurde im Sturm der Barrikaden von 1848, da das deutsche Proletariat zum ersten Male mitsprach, geboren. Das Frankfurter Parlament war gewählt nach dem Grundjah: 50000 Seelen — 1 Abgeordneter.

Die Reaktion, der Stod- und Popwind Preußens zerbrach alle Parlamente, die aus gleicher Wahl auch in den Einzelstaaten hervorgegangen waren.

Das Wahlgesetz vom 31. Mai 1866, das dann in die deutsche Reichsverfassung von 1871 übernommen wurde, sog. „Eine Vermehrung der Zahl der Abgeordneten (sic betrug damals auf je 100000 Seelen 1 Abgeordneter) in Folge der steigenden Bevölkerung wird durch das Gesetz bestimmt.“ So ist's heute noch zu lesen im § 5 Absatz 3 des Wahlgesetzes zum Deutschen Reichstage!

Wie sieht das Reichstagswahlrecht heute in Wirklichkeit aus?

Es betrug die Einwohnerzahl eines deutschen Reichstagswahlkreises, auf Tausende abgerundet:

Jahr	höchste	mittlere	niedrigste
1871	186	103	32
1884	370	117	37
1907	939	155	45

Teltow-Weeskow-Storkow-Charlottenburg, mit 1907 bereits 248160 Wahlberechtigten, darf nur einen Abgeordneten wählen.

Berlin VI, mit heute 218 247 Wahlberechtigten, kann nur einen Abgeordneten wählen.

Pochum-Gelsenkirchen mit heute 143 885 Wahlberechtigten darf ebenfalls nur einen Abgeordneten wählen.

Der Reichstagswahlkreis Schaumburg-Lippe mit nur 8801 Wahlberechtigten wählt ebenfalls einen Abgeordneten.

Walded mit nur 12 776 Wahlberechtigten wählt auch einen Abgeordneten.

Schleswig-Holstein 10: Lauenburg mit nur 12 908 Wahlberechtigten wählt ebenso einen Abgeordneten!

Das ist kein gleiches Reichstagswahlrecht mehr! Es ist planmäßiger Betrug des deutschen Volkes! Oder ist vielleicht ein Wahlrecht noch gleich, das jedem Wähler des Wahlkreises Schaumburg-Lippe

25 mal so viel Wahlrecht gibt, als dem Stimmberechtigten des Reichstagswahlkreises Teltow-Weeskow-Storkow-Charlottenburg?

Jeder Vertreter der Sozialdemokratie hat nach bei allen Reichstagswahlen viel, viel mehr deutsche Staatsbürger hinter sich gehabt als die Abgeordneten irgend einer anderen Partei!

Die Stimmenzahl für je ein Mandat betrug im Durchschnitt bei den

Jahr	Sozialdemokraten	Konservative	National-liberalen	Frei-sinnigen	Zentrum
1871	61 987	9 026	9 809	7 444	11 495
1884	22 916	11 039	19 530	14 881	12 949
1907	75 791	17 670	36 196	25 572	20 759

Unter allen Parteien sendet die Sozialdemokratie seit der Gründung des Deutschen Reichs und bei jeder Wahl ihre Vertreter mit drei- und vierfach stärkerer Anhängerschaft in den Reichstag als alle anderen Parteien! Sie hätte eine viel höhere Abgeordnetenzahl, wenn das Reichstagswahlrecht wirklich gleich wäre!

Vertical text on the left margin, likely a printer's mark or address, partially illegible.